

### **Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher): Konsequente Klimapolitik #3: Kurze Wege auch für den Strassenverkehr!**

Ursache und Beeinflussung des Klimawandels durch den Menschen sind wissenschaftlich heftig umstritten. Auch sind sich die Wissenschaftler nicht darüber einig, was für Auswirkungen zusätzliches CO<sub>2</sub> auf die Umwelt hat. Der Wald ist jedenfalls in den vergangenen Jahren gewachsen. Die Motionäre wollen der wissenschaftlichen Diskussion hier nicht vorgreifen. Sie stellen aber fest, dass durch Massnahmen, wie das geplante Linksabbiegeverbot von der Laupenstrasse zur Schanzenbrücke oder die Sperrung der Achse Bubenbergplatz-Bahnhofplatz für den MIV zu unnötigen Immissionen und Umwegen (lästiger Suchverkehr) entsteht. Dies zum Nachteil der Bewohner und Besucher sowie der Umwelt. Die Idee den Verkehr (MIV) von Quartier zu Quartier nur noch über die Autobahn zu führen unnötige Immissionen und Umwege zur Folge. Insbesondere Besucher sind so gezwungen, viele zusätzliche Kilometer zu fahren um das anvisierte Ziel in der Stadt zu finden. Durch die beantragte Massnahme würde somit ein wertvoller Beitrag gegen den Klimawandel und für die Verbesserung der Luft- und Lebensqualität geleistet.

#### **Antrag**

Wir fordern den Gemeinderat deshalb höflich auf, auch für den motorisierten Strassenverkehr (MGPV/MIV) wieder kurze Wege einzuführen und so als Massnahme zum Klimaschutz unnötige Umwegfahrten zu minimieren.

Bern, 25. April 2019

*Erstunterzeichnende:* Alexander Feuz, Hans Ulrich Gränicher

*Mitunterzeichnende:* Rudolf Friedli, Kurt Rügsegger, Erich Hess, Ueli Jaisli

#### **Antwort des Gemeinderates**

Die vorliegende Motion betrifft Wahl und Ausgestaltung verkehrsplanerischer und strassenbautechnischer Massnahmen und damit inhaltlich einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Ihr kommt daher der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags, und die Entscheidungsverantwortung bleibt bei ihm.

Der Gemeinderat nimmt die Problematik des Klimawandels seit Jahren ernst. Er teilt die Einschätzung, dass es eines konsequenten Vorgehens bedarf, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Mit der Energie- und Klimastrategie 2025 hat die Stadt Bern bereits 2015 die Weichen gestellt, um das Klima effizienter zu schützen. Im Mai 2019 hat der Gemeinderat eine Aktualisierung seiner klimapolitischen Haltung vorgenommen und ein Positionspapier inklusive eines zusätzlichen Massnahmenplans im Kampf gegen den Klimawandel erarbeitet und der Öffentlichkeit vorgestellt.

Verschiedene dieser Massnahmen sind im Mobilitätsbereich angesiedelt und zielen letztlich darauf ab, den Fuss- Velo- und öffentlichen Verkehr in der Stadt Bern zu fördern und im Gegenzug dazu den motorisierten Individualverkehr (MIV) zu reduzieren. Diese Ziele finden ihren Niederschlag auch im Stadtentwicklungskonzept STEK 2016, welches konkret festhält, dass der Anteil des MIV bis 2030 um 20 Prozent reduziert werden soll.

Die im Vorstoss konkret bemängelten Verkehrsmassnahmen im Umfeld des Projekts «Zukunft Bahnhof Bern» lagen bis am 5. April 2019 zur öffentlichen Mitwirkung auf. Der Gemeinderat sieht im Projekt die grosse Chance, den Verkehrs- und Stadtraum rund um den Bahnhof gemäss den heutigen und zukünftigen Anforderungen an die Verkehrs- und Aufenthaltsqualität zu gestalten. Die Massnahmen räumen – wie in den strategischen Grundlagen festgehalten – dem öffentlichen Verkehr sowie dem Fuss- und Veloverkehr rund um den Bahnhof erste Priorität ein.

Die Einschränkungen für den MIV im Bereich Bubenbergplatz/Schanzenstrasse und Henkerbrännli, die aufgrund der neuen Verkehrsanforderungen unverzichtbar sind, führen dazu, dass Automobilistinnen und Automobilisten leicht veränderte Routen fahren und gewisse Mehrwege in Kauf nehmen müssen. Eine vertiefte Prüfung der Umwegfahrten hat jedoch ergeben, dass die Mehrwege für Fahrzeuge, deren Ziel sich in der Umgebung des Bahnhofs befindet, mehrheitlich sehr gering ausfallen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass diese leichten Umwegfahrten in Sachen CO<sub>2</sub>-Ausstoss vernachlässigbar sind; dies insbesondere auch im Hinblick darauf, dass sich mit diesen Verkehrseinschränkungen längerfristig der Anteil MIV am Stadtverkehr reduzieren lässt.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 16. Oktober 2019

Der Gemeinderat